

Energiekosten: SP will Bevölkerung entlasten

Die schwindelerregende Entwicklung der Energiepreise, vorab von Gas und Strom, bringt die Politik auf Trab. Die SP will heute mit einer dringlichen Motion die Regierung beauftragen, rasch Entlastungsmöglichkeiten vorab für kleine Portemonnaies auszuarbeiten und vorzuschlagen. Findet sie die notwendige Mehrheit?

Mathias Küng

Die Mehrkosten für Strom und Gas sind atemberaubend hoch. Vor zwei Wochen hat die SP aus Sorge um die schwindende Kaufkraft der Menschen mehrere Vorstösse im Grosse Rat angekündigt. Jetzt hat sie erst mal eine Motion ausgearbeitet, von der sie hofft, dass sie dringlich erklärt wird. Demnach soll die Regierung Massnahmen zum Erhalt der Kaufkraft unterbreiten. Zuerst seien die Auswirkungen der Teuerung auf die Bevölkerung zu analysieren. Dann soll ein Massnahmenpaket entwickelt werden, das insbesondere Rücksicht nimmt auf einkommensschwache Bevölkerungsschichten.

Steuererleichterungen in Bern, Energiegutscheine in Zürich

In anderen Kantonen wurden im Parlament bereits konkrete Vorstösse überwiesen, heisst es weiter. Im Wallis soll es für die Bevölkerung Steuererleichterungen geben, in Bern will man auf ÖV-Gutscheine setzen, in Zürich auf Energiegutscheine und Massnahmen für soziale Härtefälle sowie ein Armutsmonitoring. Für die SP ist klar: «Auch der Aargau muss handeln.»

«Wir suchen händeringend nach einer mehrheitsfähigen Lösung für die täglich drängendere Problematik zum Erhalt der Kaufkraft der Menschen mit knappem Budget in unserem Kanton. Die Regierung muss sich ihrer jetzt annehmen. Wir haben die Motion bewusst so offen formuliert, damit nicht nur Mitte-links-Parteien dahinterstehen können», sagt die in dieser Sache zusammen mit Fraktionskollegin Carol Demarmels federführende SP-Grossrätin Lelia Hunziker.

Massnahmen dürfen auch etwas kosten – aber ohne Giesskanne

Massnahmen des Kantons dürften auch etwas kosten, betont Hunziker: «Es muss möglich sein, nach dem schnellen Reagieren in der Coronapandemie und für die Ukraine-Flüchtlinge auch hier sehr rasch zu handeln. Denn die zum Teil um ein Mehrfaches gestiegenen Energiekosten, vorab für Strom und Gas, treffen Haushalte mit kleinem Portemonnaie mit voller Wucht. Viele wissen nicht, wie sie die Mehrkosten bezahlen sollen.»

Aber umfasst die Problematik nicht die Wirtschaft ebenso? Es gehe in der Motion um beides, sagt Hunziker. Es sollen aber nur Firmen von staatlichen Massnahmen profitieren können, «welche die Mehrlast nicht selbstständig tragen können». Bei den Privatpersonen sei es der SP wichtig, dass nicht mit der Giesskanne agiert wird.

So geht es jetzt erst mal um diese Motion. Die SP-Fraktion sondierte vor der heute um 10 Uhr beginnenden Ratssitzung, ob es genug Unterstützung für Dringlichkeit gibt. Die Hürde dafür ist hoch. Die Annahme erfordert nämlich eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder. Dringlichkeit bedeutet eine Behandlung an einem der nächsten vier Sitzungstage.

Die Mitte: Rasch handeln ja, aber wie genau?

Auch für Die-Mitte-Fraktionschef Alfons Paul Kaufmann ist klar: «Ich sehe die Herausforderung, wir müssen einkommensschwache Haushalte rasch entlasten. Ich bin aber nicht sicher, ob die Motion der beste Weg zu diesem Ziel ist. Ich befürchte Giesskannenzahlungen aufgrund eines Schnellschusses.» Was würde er tun? Die Situation sei sehr komplex, sagt er. Die enorme Preissteigerung treffe beim Strom die Kundinnen und Kunden sehr unterschiedlich.

Kaufmann nennt ein Beispiel: «Wer bei der AEW ist, zahlte in den letzten Jahren etwas mehr, hat jetzt aber eine vergleichsweise tiefe Preissteigerung. Demgegenüber profitierten andere am Markt lange von Tiefstpreisen, jetzt zahlen sie dafür umso mehr. Wie behandeln wir diese, wie finden wir eine faire Lösung? Das ist alles andere als einfach.» Auch Kaufmann will von der Regierung sehr rasch eine Auslegeordnung, was sie plant oder sich vorstellen kann. Aber nicht nur zur Preissteigerung, sondern auch zur befürchteten Strom- und Gasmangellage. «Was heisst das für Privathaushalte, was für Firmen?», will er wissen. Sollte bis in zwei Wochen zu diesen drängenden Fragen nichts vorliegen, wäre auch er für Dringlichkeit.

FDP bespricht sich heute morgen in der Fraktionssitzung

FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker hat die Motion gestern Morgen von der SP erhalten, konnte sie also mit der Fraktion noch nicht besprechen. Klar ist für ihn, dass sich die Regierung zur enormen Preisentwicklung bei der Energie überlegen muss, was zu tun ist. Nebst Privatpersonen müsste aber auch die Situation von Firmen im Fokus stehen.

Es gebe Unternehmen, die durch die enormen Energiepreise in ihrer Existenz gefährdet oder aufgrund von Massnahmen in Nachbarländern nicht mehr konkurrenzfähig sein könnten. Beides sei genau anzuschauen, und dann seien gezielte Massnahmen zu

treffen, sagt Hilfiker. Er befürchtet aber, «dass die Positionen spätestens bei den zu treffenden Massnahmen weit auseinander gehen werden.»

Was, wenn es für Dringlichkeit keine Mehrheit gibt?

Die SP hofft, mit der Motion sehr rasch eine Auslegeordnung der Regierung für mögliche Massnahmen zu bekommen, damit der Grosse Rat nachher entscheiden kann. Falls die SP heute morgen vor Sitzungsbeginn zum Schluss kommen sollte, es reiche nicht für Dringlichkeit, behält sie sich vor, die Motion zurückzuhalten. Stattdessen brächte sie in einer Folgesitzung dann Vorstösse mit konkreten Forderungen. Man darf also gespannt sein, was heute geschieht.

Sollen Stromkonzerne Übergewinne abgeben müssen?

Letzte Woche berichteten wir an dieser Stelle, Nationalrätin Gabriela Suter (SP) fordere, Übergewinne von Stromkonzernen wie der Axpo zu stoppen. In der Tagesschau verdeutlichte sie: «Kantone, Gemeinden und Städte sind gefordert, wirklich über ihre Eigentümerstrategie zu handeln und diese Strompreisdeckelung vorzunehmen.» Es könne nicht sein, dass auf Kosten von Privathaushalten und Unternehmen grosse Gewinne gemacht würden.

Anders argumentiert Nationalrat Matthias Jauslin (FDP). Eine Übergewinnsteuer sei der falsche Ansatz. «Ich erwarte von den Energiekonzernen, dass sie mit diesen Gewinnen auch effektiv in erneuerbare Energien investieren», erwiderte er in der «Tagesschau». Es liege in der Verantwortung der Konzerne, ihren Auftrag der Versorgungssicherheit ernst zu nehmen.



Etwas über **25** Rappen zahlt ein Durchschnittshaushalt pro Kilowattstunde ab 1. Januar bei der AEW.

Knapp **64** Rappen zahlt ein Durchschnittshaushalt pro Kilowattstunde ab 1. Januar in Oberlunkhofen.

Gastbeitrag zur Energiekrise von GLP-Aargau-Präsident Philippe Kühni

Aufruf zum beherztesten Handeln

Im kommenden Winter werden wahrscheinlich Gas und Strom knapp werden. Die Medien haben in den letzten Tagen darüber berichtet. Aktuell überbieten sich die verschiedenen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, weshalb nun Energie knapp und teuer ist und wir im Winter sogar mit Rationierungen rechnen müssen. Das müsste nicht so sein.

Wer sich vertieft mit der Thematik auseinandersetzt, erkennt, dass es ein kollektives Versagen ist. Der Ball oder die Schuld wird im Kreis herumgereicht. Die Schweiz ist aktuell offenbar nicht mehr in der Lage, grosse Reformen anzupacken, obwohl oft Rezepte auf dem Tisch liegen. Energie ist gerade akut, die gleichen Probleme sehen wir aber auch beim Verkehr, bei der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder im Zusammenhang mit Europa. Hier braucht es

wieder charismatische Führungspersonen, welche Verantwortung übernehmen. Diese sind leider rar.

Aus rechtskonservativen Kreisen hört man, dass an der aktuellen Lage die Energiestrategie schuld sei. Das kann aber gar nicht sein, denn diese ist erst seit vier Jahren in Kraft. Seither wurden die Erneuerbaren wieder etwas beherzter ausgebaut. Der Grund, dass Strom knapp wird, liegt vielmehr in den 40 Jahren vor der Energiestrategie, wo anstatt auf erneuerbare auf Öl, Gas und Atomenergie gesetzt wurde. Man hoffte offenbar, mit dem steigenden Druck ein neues Atomkraftwerk bauen und Umweltstandards zu Gunsten fossiler Energien senken zu können. Alles andere wurde bewusst blockiert. Diese Wette ging nicht auf.

Vor über 100 Jahren, als die Elektrifizierung aufkam, haben charismatische Leader aus der Wirtschaft das

Zepher übernommen und gemeinsam mit der Politik die Zukunft gebaut. Brown und Boveri haben nicht lamentiert und auf die Politik gewartet oder sogar mit dem Finger gezeigt, sondern umgesetzt und dabei die Politik mit auf den Weg genommen. Man hat die Schweiz und die Welt elektrifiziert. Daraus sind BBC (die heutige ABB), Axpo sowie die gesamte Strominfrastruktur inklusive elektrische Eisenbahn und vielem mehr entstanden. Eine doppelte Erfolgsgeschichte, weil es die Versorgungssicherheit und den Wohlstand in der Schweiz steigerte, aber auch, weil die Unternehmen unglaublichen wirtschaftlichen Erfolg hatten.

Auch heute gilt: Wenn die Wirtschaft und die Wirtschaftselite in der Schweiz und insbesondere im Aargau wollten, so könnten sie die Energiewende allein stemmen. Solarenergie ist dabei das Herzstück, Speicher werden dazukommen. Wahrscheinlich

auch noch gewisse Investitionen in Netze. Wir reden von Investitionen in der Höhe von rund 50, vielleicht auch 60 Milliarden Franken in den nächsten 25 Jahren, also schweizweit gut zwei Milliarden Franken pro Jahr. Die Zahl wirkt auf den ersten Blick vielleicht enorm hoch, entspricht aber lediglich gut einem Prozent der Bruttoinvestitionen, also der Investitionen, die sowieso jedes Jahr gemacht werden. Bezogen auf die Wirtschaftsleistung der Schweiz ist es sogar nur gut ein Viertelprozent. Wenn also ein Prozent aller Investitionen oder ein Viertel Prozent der Wirtschaftsleistung in die Energiewende investiert würden, so hätten wir das Energieproblem in 25 Jahren weitgehend gelöst. Diese Investitionen sind entsprechend nicht einfache Ausgaben, sondern sie senken die laufenden Kosten für Brennstoffe in der Zukunft deutlich. Bereits vor der Energiekrise gaben wir immerhin rund 12 Milliarden Franken pro Jahr

für den Import von fossilen Energien aus. Da wirken die rund 2 Milliarden pro Jahr doch durchaus überschaubar.

Der Ersatz von fossiler Energie durch erneuerbare ist also ein guter Deal. Ein sehr guter Deal sogar, der sich am Ende auch finanziell auszahlt. Ich rufe deshalb Wirtschaft und Bevölkerung auf, Verantwortung zu übernehmen. Packt an und macht vorwärts, bedeckt eure Dächer und Fassaden mit Solarzellen, investiert im grossen Stil in Produktionskapazitäten und hört auf zu lamentieren und auf die Politik zu warten. Wir haben unser Schicksal hier selbst in der Hand, beginnen wir also zu gestalten.



Philippe Kühni
Präsident GLP
Kanton Aargau